

# In Colnrade regt sich Widerstand

## Käme die 380-KV-Trasse, bliebe es möglicherweise nicht die letzte / Rat hat Resolution verabschiedet

Von Jürgen Bohlken

**COLNRADE** ■ Sollte die von der E.ON-Netz GmbH beantragte 380-KV-Hochspannungsfreileitung von Ganderkesee nach St. Hülfe tatsächlich die Samtgemeinde Harpstedt zerschneiden, könnten weitere Leitungen wegen des Gebots der „Trassenbündelung“ folgen, befürchtet der Colnrader Rat. Die Bevölkerung ist offenbar entschlossen, sich zu wehren. Das wurde am Montagabend in der Ratssitzung sehr deutlich. Rund 50 Bürger nahmen teil.

Die Gemeinde Colnrade setzt auf das „Prinzip Hoffnung“ – und die Unterstützung Dritter. Über die hiesigen Abgeordneten soll Druck auf Bund und Land ausgeübt werden, um einerseits zu erreichen, dass die Netzbetreiber stärker kooperieren und schon bestehende Möglichkeiten der Trassenbündelung konsequent nutzen, und um andererseits das Expansions-tempo der Windstromerzeugung an Land (onshore) und auf hoher See (offshore) zu drosseln. Der Colnrader Rat hat dazu eine Resolution verabschiedet – in der Hoffnung, dass viele weitere Kommunen folgen werden und ebenfalls neue politische Weichenstellungen einfordern (siehe „Im Wortlaut“).

Das Kernproblem: Die im ostfriesischen Raum bereits existierenden Windparks erzeugen Strom, der vor Ort nicht gebraucht wird und ins Ruhrgebiet abgeleitet werden muss. Für die Energiemengen reichen die bestehenden Leitungskapazitäten schon nicht mehr aus. Daran wür-

de selbst eine Abschaltung des Kernkraftwerks Unterweser nichts ändern. Mit der Realisierung der Offshore-Windparks verschärft sich die Situation weiter.

Das Stromnetz gliedert sich bis ins späte 20. Jahrhundert hinein in einer „Einbahnstraße“. Kraftwerke versorgten die Ver-

braucher mit Energie. Heute sind Stromkunden mitunter selbst Einspeiser. Im Verkehrswesen würde man sagen: Die „Straßen“ sind nun in beiden Richtungen offen. Hinzu kommt: Das „Fahrzeugaufkommen“ ist derart gewachsen, dass die „Fahrbahnen“ um mehrere „Spuren“ verbreitert werden müssten, um einen reibungslosen „Verkehrfluss“ zu gewährleisten. Dieser „Ausbau“ ist in der Energiewirtschaft bisher nicht erfolgt. Die Windparks sind da; die „Infrastruktur“ hinkt hinterher. Der Colnrader Rat vermisst ein „Gesamtkonzept“ zur Lösung des Problems.

Die Bezirksregierung hat indes den „Untersuchungsraum“ für die E.ON-Trasse bereits festgestellt. Die Samtgemeinde Harpstedt muss davon ausgehen, dass die Leitung durch ihr Gebiet führen wird und dass sie nicht die letzte bleiben wird. Haben die Colnrader (nicht nur sie wären betroffen) Pech, wird gar der Eglinger Platz „überspannt“. Aus Sicht der Bezirksregierung ist die von der Samtgemeinde und ihren Mitgliedskommunen ange-regte alternative Leitungsführung über Conneforde nach Cloppenburg zwecks Trassenbündelung aus verschiedenen Gründen inakzeptabel: zu lang, zu teuer

für den Netzbetreiber; die bestehende 220 KV-Leitung könnte nicht aufgerüstet, sondern müsste komplett abgerissen werden etc. Zudem hat die Firma „Windland“ dort schon eine Trasse zur Ableitung von Offshore-Windstrom „angemeldet“.

Die Colnrader Bürger, die der Ratssitzung beiwohnten, würden, wie anklang, bestenfalls ein 380 KV-Erdkabel auf Gemeindeterrain akzeptieren. Das wäre technisch möglich, aber aufwändig und extrem teuer. Die Gemeinde Colnrade hat allerdings keine rechtliche Handhabe, um eine unterirdische Leitungsverlegung zu erwirken. Der Mensch ist praktisch kein Hindernis. Sogar Häuser dürften überspannt werden. Auch an einem Schwarzstorch, könnte er denn nachgewiesen werden, würde das Leitungsvorhaben wohl nicht scheitern. Ihre Planungshoheit nützt der Gemeinde wenig. Bauamtsleiter Harro Hartmann im Rat: „Das alles verbittert selbst einen Bürokraten!“

Eine Unterschriftensammlung gegen die beabsichtigte E.ON-Trassenführung läuft. Mit Jens Kammann und Frank Windhorst sind zwei Bürger bereit, den Colnrader Widerstand zu organisieren. Wie der aussehen und wie weit er gehen wird, ist offen.

### IM WORTLAUT

Noch näher begründet werden soll die vor dem Hintergrund drohender Hochspannungs-Freileitungstrassen vom Colnrader Rat verabschiedete Resolution. Das Papier geht an die hiesigen Bundes- und Landtagsabgeordneten, Landkreis und Zweckverband Naturpark Wildeshauser Geest, die Samtgemeinde Harpstedt und Nachbargemeinden, die von der beabsichtigten Trassenführung betroffen sind. Wörtlich heißt es darin:

„Die Bundes- und die Landesregierungen werden aufgefordert, die großflächigen Ausbaupläne der Windenergieerzeugung auf See auf ein vertretbares Maß und vertretbare Standorte zurückzunehmen. Voraussetzung ist weiter, dass die für die Ableitung der Energie erforderliche Infrastruktur gemeinsam mit den Städten und Gemeinden geplant und genehmigt wird. Es darf keine weiteren Genehmigungen von Offshore-Windparks geben, ohne dass die dafür erforderliche

Leitungskapazität verfügbar ist. Bundes- und Landespolitik müssen insbesondere darauf hinwirken, dass möglichst schon auf See Netze entstehen, die die Zahl der erforderlichen Trassen an Land minimieren. Die unterirdische Leitungsverlegung an Land muss eine Mindestforderung sein. Die Kosten dafür sind nachrangig zu betrachten.

Sollten die Ausbaupläne in der jetzigen Form genehmigt werden, werden sich die Gemeinde Colnrade und mit ihr andere betroffene Gemeinden mit zu allen zu Gebot stehenden Mitteln dagegen wehren. Die grundsätzlich zu begrüßende Förderung der erneuerbaren Energie würde so ohne zwingende Gründe erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht. Der Landkreis Oldenburg und der Naturpark Wildeshauser Geest werden ebenfalls gebeten, sich aufgrund der Aussagen des Regionalen Raumordnungsprogramms gegen die Leitungstrassen auszusprechen.“